Kurzposition

VBG-Gefahrtarif Sport

Hintergrund: Der bezahlte Sport (d.h. Sportvereine, die ihren Sportlern ein Gehalt zahlen) will für seine Unternehmen bzw. Vereine erreichen, dass die Arbeitgeber (darunter Architekten, Ingenieure, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und viele andere Freie Berufe) der in der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) versicherten Beschäftigten Beitragsentlastungen zugunsten des bezahlten Sports zustimmen, da sonst Sportvereine wegen deren sehr hohen Beiträge in die Insolvenz gehen könnten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat mehrfach signalisiert, dem Sport zu Lasten der anderen VBG-Mitgliedsunternehmen den Rücken stärken zu wollen und hierfür ggf. sogar eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Durch einen solchen Schritt würde das BMAS allerdings massiv in die Autonomie der Selbstverwaltung eingreifen.

BFB-Position: Die BFB-Position deckt sich mit der der übrigen in der VBG vertretenen Verbände und wird durch die Vertreterversammlung mehrheitlich mitgetragen: Eine Mehrbelastung durch Übernahme der Lasten des bezahlten Sports wird ebenso abgelehnt wie die Einmischung der Politik in die Selbstverwaltung.

Status Quo: Nachdem der Sport nicht zu weiteren Kompromissen bereit war, hat er sich an die Politik gewandt, insbesondere an das zuständige Bundeministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), um die im Raume gestandene gesetzliche Lösung herbeizuführen. Der zusammen mit dem BMAS ausgehandelte Vorschlag unterschied sich nicht wesentlich von einem bereits von der Vertreterversammlung im vergangenen Jahr abgelehnten Vorschlag. In der Vertreterversammlung der VBG im Dezember 2012 hat die Arbeitnehmerbank dem Druck des Bundesarbeitsministeriums dann schließlich nachgegeben und sich zusammen mit den fünf Arbeitgebervertretern aus dem Sport bei Enthaltung einiger Zeitarbeitsunternehmen auf die Seite des „faulen" Kompromisses geschlagen hat. Damit bleibt es für 2013 bei dem Moratorium, mit dem die Beiträge des bezahlten Sports weiterhin gedeckelt und insoweit der Sport ein weiteres Jahr quersubventioniert wird. Ab 2014 wird der Sport dann in kleineren Schritten als bisher beabsichtigt über einen langen Zeitraum zu seiner tatsächlichen schadensäquivalenten Beitragshöhe geführt. Der Kompromiss sieht darüber hinaus vor, dass der Sport ein umfangreiches Präventionsprogramm anfährt. Immerhin konnte aber etwa die Hälfte der ursprünglich einmal vorgesehenen Mehrbelastung abgewendet werden.

Bundesverband der Freien Berufe
Reinhardtstraße 34 – 10117 Berlin - Tel.: +49 30 284444 -0 Fax: +49 30 284444 -78
23, Rue Montoyer – B-1000 Brüssel – Tel.: +32 2 5001050 Fax: +32 2 5121055
Email: info-bfb@freie-berufe.de
www.freie-berufe.de

Weitere politische Aktivitäten erscheinen zurzeit aussichtslos, weil die Selbstverwaltung von ihrem Gestaltungsrecht mit Mehrheit Gebrauch gemacht hat.

Berlin, den 15. Januar 2013/Ku